



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

Ausschuss für Wirtschaft und Währung

2013/2145(BUD)

5.9.2013

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Wirtschaft und Währung

für den Haushaltsausschuss

zum Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014
– alle Einzelpläne
(2013/2145(BUD))

Verfasser der Stellungnahme: Sven Giegold

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung ersucht den federführenden Haushaltsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. weist darauf hin, dass Europa zwar weiter im Griff der Wirtschafts- und Finanzkrise ist, die strengen Sparmaßnahmen und die tiefgreifenden Reformen, die die Mitgliedstaaten eingeführt haben, jedoch beginnen, Früchte zu tragen und eine Aufstockung des EU-Haushalts nicht nötig sein wird; weist mit großer Besorgnis darauf hin, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa andauert; stellt fest, dass die gleichzeitigen Sparmaßnahmen in vielen Mitgliedstaaten eine Regression nach sich ziehen und die Sparten des EU-Haushalts, die der Förderung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung dienen, aufgestockt, besser ausgerichtet und effizienter eingesetzt werden müssen, damit die EU eine wirksamere antizyklische Stabilisierung erreichen kann;
2. hebt hervor, dass in allen Bereichen des EU-Haushalts Effizienzsteigerungen angestrebt werden sollten, dass die Einsparungen aber vor allem auf Haushaltszeilen ausgerichtet sein sollten, die kaum zu den Zielsetzungen der Strategie EU 2020 beitragen, wozu auch künftige Investitionen, Forschung, Innovation und Ausbildung, die Schaffung von Arbeitsplätzen, Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung gehören; äußert aus diesem Grund seine Besorgnis über die von der Kommission vorgeschlagene Kürzung der der Rubrik 1a „Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung“ zugewiesenen Mittel für Zahlungen um 9,3 %;
3. weist darauf hin, dass das Europäische Parlament in seiner Entschließung vom 7. Februar 2013 zum Jahresbericht der Europäischen Investitionsbank (EIB) für 2011 hervorgehoben hat, „dass die Union von einer weiteren Aufstockung [des] Kapitals stark profitieren würde, da sie dringend auf wirtschaftliches Wachstum angewiesen ist“;
4. weist darauf hin, dass sich das Europäische Parlament nachdrücklich für die Schaffung der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden ausgesprochen hat, und ist der Auffassung, dass diese Behörden wichtige Akteure bei der Schaffung stabilerer und sicherer Finanzmärkte sind; betont, dass die Europäische Union eine stärkere und besser abgestimmte Aufsicht auf europäischer Ebene benötigt;
5. hebt hervor, dass den Europäischen Finanzaufsichtsbehörden bereits zusätzliche Aufgaben übertragen worden sind sowie zukünftige, in den noch zu vereinbarenden Legislativvorschlägen vorgesehene Aufgaben übertragen werden und die Haushaltsmittel entsprechend aufgestockt werden müssen, damit diese Behörden ihren Aufsichtspflichten nachkommen können; weist darauf hin, dass für die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden eigene Haushaltszeilen vorgesehen werden müssen, damit sie von den nationalen Mitgliedsbehörden finanziell unabhängig sind;
6. gelangt zu dem Schluss, dass die derzeitige Finanzierung der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden durch Vereinbarungen der gemischten Finanzierung unflexibel ist, Verwaltungsaufwand verursacht und eine Gefahr für die Unabhängigkeit der Agenturen darstellt;

7. ist der Auffassung, dass das Personal der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden, das durch die von den Europäischen Finanzaufsichtsbehörden bei der Industrie erhobenen Aufsichtsgebühren finanziert wird, nicht bei der Berechnung der Gesamtzahl der Bediensteten dieses Organs berücksichtigt werden sollte;
8. fordert die Kommission auf, nach Möglichkeiten einer langfristigen und nachhaltigen Finanzierung der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden zu suchen, sodass ihre Unabhängigkeit bei der nächsten Überprüfung der Arbeits- und Finanzierungsvereinbarungen der Agenturen sichergestellt ist; fordert die Kommission auf, bis spätestens 2. Januar 2014 die Überprüfung der Agenturen vorzulegen;
9. begrüßt, dass in Bezug auf die Regulierung der Finanzmärkte die Meinungen unabhängiger Sachverständiger eingeholt und Kapazitäten geschaffen werden; weist darauf hin, dass zur Fortsetzung und Konsolidierung dieser Entwicklung weitere EU-Mittel nötig sind;
10. befürwortet angesichts der Tatsache, dass mehr und bessere europäische Statistiken benötigt werden und diese zügig bereitgestellt werden müssen, dass Eurostat seine Gebühren erhöht, damit dem Amt mehr Mittel zur Verfügung stehen;
11. hebt hervor, dass die haushaltstechnischen Bestimmungen über internationales Handeln und Zusammenarbeit im Steuerbereich verstärkt werden müssen, damit gegen kooperationsunwillige Staaten und Gebiete vorgegangen und grenzüberschreitende Steuerhinterziehung bekämpft werden kann; weist darauf hin, dass Investitionen in diesem Bereich sich durch zusätzliche Einnahmen der Mitgliedstaaten sowie der Europäischen Union auszahlen werden;
12. weist darauf hin, dass das Programm „Prince – Informationen zur Wirtschafts- und Währungsunion, einschließlich zum Euro“ beträchtliche Finanzmittel erhält und Kürzungen dieser Mittel ins Auge gefasst werden sollten;
13. hebt hervor, dass das von der Kommission vorgeschlagene Unionsprogramm zur Unterstützung spezieller Tätigkeiten im Bereich Rechnungslegung und Abschlussprüfung für den Zeitraum 2014-2020 vor allem, was Transparenz und Rechenschaftspflicht betrifft, geändert werden muss, bevor es von den Mitgesetzgebern angenommen werden kann; ist aus diesem Grund der Ansicht, dass die Mittelansätze im Haushalt in eine Reserve eingestellt werden müssen und geprüft werden muss, ob es möglich ist, die vorgesehene Mittelausstattung zu kürzen und einen kürzeren Verpflichtungszeitraum vorzusehen.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	5.9.2013
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 23 -: 12 0: 7
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Marino Baldini, Jean-Paul Basset, Sharon Bowles, George Sabin Cutaş, Rachida Dati, Sven Giegold, Sylvie Goulard, Liem Hoang Ngoc, Syed Kamall, Wolf Klinz, Jürgen Klute, Rodi Kratsa-Tsagaropoulou, Philippe Lamberts, Werner Langen, Astrid Lulling, Ivana Maletić, Hans-Peter Martin, Arlene McCarthy, Marlene Mizzi, Sławomir Nitrás, Ivari Padar, Antolín Sánchez Presedo, Olle Schmidt, Peter Simon, Peter Skinner, Theodor Dumitru Stolojan, Sampo Terho, Marianne Thyssen, Ramon Tremosa i Balcells, Corien Wortmann-Kool, Pablo Zalba Bidegain
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Jean-Pierre Audy, Sari Essayah, Ashley Fox, Danuta Jazłowiecka, Olle Ludvigsson, Thomas Mann, Sirpa Pietikäinen, Andreas Schwab, Emilie Turunen
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 187 Abs. 2)	Richard Falbr, Stephen Hughes